

07.07.2010 – 10:24 Uhr

pafl: Weiteres Vorgehen in der Schulreform beschlossen

Vaduz (ots) -

Vaduz, 7. Juli (pafl) - Von vielen Seiten wurde im letzten Jahr ein neuer, breiter und ergebnisoffener Prozess verlangt, um die Schule allgemein und die Sekundarstufe I im Speziellen zu verbessern. Dieser Prozess wurde vom Ressort Bildung sehr sorgfältig geführt und fand mit strukturierten Bildungsgesprächen im Februar und einer Grossgruppenkonferenz Ende Mai seinen Abschluss. Im September soll ein Vernehmlassungsbericht folgen.

Die zukünftigen Entwicklungen in jeder Schulstufe sind immer am übergeordneten Ziel einer bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Jede Reform soll Entwicklungen, Verbesserungen ermöglichen und Chancen für Schulen aber auch für einzelne Lernende eröffnen.

Vorgehen auf verschiedenen Ebenen

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Juli 2010 das weitere Vorgehen auf der Sekundarstufe I beschlossen. Es wurde ein Vorgehen auf verschiedenen Ebenen gewählt. Die erste Ebene bezieht sich auf die Schulen selbst bzw. auf Richtlinien und Verordnungen, die von Regierung oder Schulamt direkt umgesetzt werden können. Hier wurde direkt nach der Volksabstimmung letztes Frühjahr angesetzt.

In einem zweiten Schritt wurde das Ressort Bildung beauftragt, bis Mitte September einen Vernehmlassungsbericht vorzubereiten, der die Resultate aus dem ergebnisoffenen Prozess umsetzen soll. Mit der Volksbefragung im vergangenen Jahr sowie den weiteren Gesprächen 2010 kristallisierten Punkte heraus, die relativ unbestritten sind und einer Umsetzung zugeführt werden können. So zum Beispiel die Verankerung der Sportschule im Schulgesetz, die Einführung eines zweiten Selektionszeitpunkts oder die Ausweitung der Autonomie der einzelnen Schulen.

Während die oben erwähnten Änderungen relativ rasch umgesetzt werden sollen, gibt es verschiedene Themen, die noch eingehender diskutiert werden müssen. Einerseits weil es noch keine fundierten Grundlagen für entsprechende Diskussionen gibt (z.B. Bildungsfinanzierung), und andererseits weil in bestimmten Bereichen die Meinungen noch weit auseinandergehen, wie etwa bei einer weitergehenden Autonomisierung bis hin zur Verselbstständigung von Schulen oder der Elternmitsprache.

Deshalb soll parallel zur Vernehmlassung ein separates Projekt gestartet werden, wie der Prozess weiter ablaufen soll und der kontinuierliche Einbezug der verschiedenen Interessensvertreter gewährleistet werden kann.

Kontakt:

Ressort Bildung
Simon Biedermann
T +423 236 76 68